

- negative Vereinigungsfreiheit für -en 249
- Grundlagen der Organisation des genossenschaftlichen Prüfungswesens 252
- Anschlußzwang für -en 253
- Inhalt der Pflichtprüfung des genossenschaftlichen Prüfungsverbands 256
- Gerichtsverfassung:** nur bei sachlicher Notwendigkeit Mitwirkung zweier nicht planmäßiger Richter an einer Entscheidung 304
- Verpflichtung des Präsidiums und des Vorsitzenden zur Beachtung dieses Grundsatzes bei der Geschäftsverteilung bzw. bei der Einteilung der Sitzgruppen 304
- Prüfung der vorschriftsmäßigen Besetzung des Gerichts sowie Amtsermittlungspflicht 307
- Verwendung des in seiner persönlichen Unabhängigkeit noch nicht gesicherten Richters als der Rechtfertigung bedürftige Ausnahme . 308
- Gesamtvollstreckung:** keine Aufrechnung gegen Forderungen des Schuldners, die nach Eingang eines zulässigen Antrags auf Eröffnung der - bei Gericht begründet werden, mit -forderungen, soweit ein Verfügungs- und Vollstreckungsverbot erlassen sind und das Verfahren später eröffnet wird 76
- nach § 2 Abs. 4 GesO angeordnete Einstellung gegen den Schuldner eingeleiteter Vollstreckungsmaßnahmen als Vollstreckungshindernis i.S. des § 775 Nr. 2 ZPO 78
- nach Eröffnung der - Unwirksamwerden der vorher gegen den Schuldner eingeleiteten, aber noch nicht abgeschlossenen Vollstreckungsmaßnahmen 79
- Verpflichtung des -richters zum Erlaß eines Vollstreckungsverbots, wenn der Eröffnungsantrag zulässig und Einzelvollstreckung in das Schuldnervermögen eingeleitet ist 79
- nach Zulassung des Eröffnungsantrags zumindest entsprechende Anwendung des § 394 Satz 1 BGB 80
- Zweck des § 2 Abs. 4 GesO .. 81
- Ziel der - 85
- Zulässigkeit der Aufrechnung, soweit Aufrechnungslage bereits vor dem Eröffnungsantrag bestand . 86
- Eintragung einer Zwangshypothek nur Einleitung einer Vollstreckungsmaßnahme i.S. des § 7 Abs. 3 Satz 1 GesO 347
- mit Eröffnung der - Unwirksamkeit der Zwangshypothek gegenüber -sgläubigern 347
- Umfang der Befugnis des Verwalters zum Gebrauchmachen von der Löschungsbewilligung 347
- Einleitung und Beendigung einer Vollstreckungsmaßnahme i.S. des § 7 Abs. 3 Satz 1 GesO 349
- zeitlich unbegrenzte Rückwirkung des § 7 Abs. 3 Satz 1 GesO . 351
- Zweck des § 7 Abs. 3 Satz 1 GesO 351
- Wirkung des § 7 Abs. 3 Satz 1 GesO auf Zwangshypothek 353
- Aufsichtspflichten des Insolvenzgerichts 356
- Geschäftsbedingungen:** für die Bürgschaftsleistung vorformulierte Zweckerklärung als AGB 19
- den überraschenden Charakter von AGB bildende Umstände 25
- den überraschenden Charakter von -hindernde Umstände 28
- überraschende Wirkung einer im Zusammenhang mit der Bürgschaft abgegebenen weiten Zweckerklärung 29
- Inhaltskontrolle einer weiten Zweckerklärung nach § 9 AGBG 33

- zur Verwendereigenschaft bei Formularmietvertrag, wenn das Formular vom Makler zur Verfügung gestellt wird 58
- der Bank für Behauptung, daß ihre Mitarbeiter bei der Prüfung der Identität des Zahlungsempfängers die erforderliche Sorgfalt angewendet haben 94
- Bewertungsverfahren:** Lifo-, Fifo- und Hifo- zur Wertberechnung sicherungsübereigneter Warenlager 127
- Bürgschaft:** Verstoß gegen § 9 Abs. 2 AGBG bei formularmäßiger Ausdehnung der Bürgenhaftung über den dem Hauptschuldner gewährten, betragsmäßig limitierten Kontokorrentkredit hinaus 19
- formularmäßige Ausdehnung der Haftung auf alle bestehenden und künftigen Verbindlichkeiten als überraschende Klausel, wenn - aus Anlaß der Gewährung oder Prolongierung eines bestimmten, betragsmäßig limitierten Kontokorrentkredits oder der Erhöhung des Limits um einen bestimmten Betrag geleistet wird 19
- Aufrechterhaltung der Zweckerklärung, soweit sie den Kontokorrentkredit bis zu dem Limit betrifft, wie es bei Abgabe der -serklärung bestand 19
- inhaltliche Bestimmtheitserfordernisse der Sicherungszweckerklärung 21
- für die -leistung vorformulierte Zweckerklärung als AGB 21
- keine Einschränkung des Anwendungsbereichs des § 3 AGBG in Bezug auf die Zweckerklärung durch § 8 AGBG 24
- Voraussetzungen einer summenmäßigen Begrenzung der - in § 767 Abs. 1 Satz 3 BGB 27
- »Anlaß« zur -leistung 34
- und Verfallsabrede 101
- keine Legalzession selbständiger Sicherungsrechte auf Bürgen .. 107
- Voraussetzungen einer schuldrechtlichen Verpflichtung des Gläubigers zur Übertragung selbständiger Sicherungsrechte auf den zahlenden Bürgen 107
- »Busengrapscher« 5

D

- Dauerwohnrecht:** Abgrenzung des -s nach § 31 WEG vom Wohnungsrecht gemäß § 1093 BGB 158
- und Timesharing s. dort
- DDR-»Zwangsvertreter«:** Geltendmachung des übergegangenen Provisionsanspruchs eines früheren - durch die Bundesrepublik als unzulässige Rechtsausübung 371
- Diebstahlversicherung:** Ausschluss eines Kfz.-Diebstahls nicht schon deshalb, weil Versicherungsnehmer nicht sämtliche Originalschlüssel vorlegen und ihr Fehlen nicht plausibel erklären kann 1
- Fehlen eines Originalschlüssels ohne plausible Erklärung hierfür bei Vorliegen weiterer Verdachtsumstände für Frage bedeutsam, ob der Diebstahl nur vorgetäuscht ist 1
- zum äußeren Bild eines Diebstahls gehörende Umstände 3
- Dissens:** Voraussetzungen eines versteckten -es 153

E

- Einzelrechtsnachfolge und § 11 AnfG**
s. Anfechtung

F

- Feststellungsklage:** Zulässigkeit der - trotz Möglichkeit einer Leistungsklage 120

REGISTER

(Die Zahlen bedeuten die Seiten)

A. SACHREGISTER

A

- Abtretung:** s. Sicherungsabtretung
- Aktiengesellschaft:** Normziel des § 112 AktG 111
- Amtshaftung:**
- der Einweisungsbehörde, wenn sie nach Ablauf der Einweisungsfrist die Wohnung nicht gereinigt herausgibt, der Eigentümer Räumung und Reinigung vielmehr mit Hilfe eines privatrechtlichen Titels und auf seine Kosten selbst bewirkt 332
 - Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung als zur Schadensabwendung geeignetes Rechtsmittel 338
 - keine Vorteilsausgleichung zu Lasten des Eigentümers, dessen Wohnung von der Obdachlosenbehörde in Anspruch genommen worden und nach Ablauf der Einweisungsfrist nicht gereinigt herausgegeben worden ist 341
- Amtspflicht:** bei Weigerung des behördlich eingewiesenen Obdachlosen, nach Ablauf der Einweisungsfrist auszuziehen, - der Einweisungsbehörde, die Wohnung zu räumen und zu reinigen 332
- Anfechtung:** Schuldner als Einzelrechtsnachfolger des Empfängers der anfechtbaren Leistung 314
- Berechtigter aus beschränktem dinglichen Recht oder aus Auflassungsvormerkung am anfechtbar übertragenem Grundstück als Einzelrechtsnachfolger 314
 - Rückgewähr des anfechtbar begründeten Teilrechts 314
 - grundsätzlich Verdrängung deliktsrechtlicher Schadensersatzansprüche durch anfechtungsrechtlichen Rückgewähranspruch 314
 - Voraussetzungen der Sonder- bzw. Einzelrechtsnachfolge i.S. des § 11 Abs. 2 AnfG 317
 - keine Zwangsvollstreckung in nicht übertragbares Wohnungsrecht am Grundstück 318
 - kein Recht eines Schuldners, seine dinglich gesicherte Wohnung vorrangig gegen seine Gläubiger zu schützen 318
 - Erkennen und billigende Inkaufnahme der Gläubigerbenachteiligung als Voraussetzung der - gegenüber Rechtsnachfolger 320
 - Begriff der Rechtsnachfolge im -srecht 321
 - sfolgen nach - gegenüber Einzelrechtsnachfolger 322
 - Art und Umfang der Rückgewähr nach - 323
 - Kenntnis des Begünstigten von der Gläubigerbenachteiligungsabsicht des Schuldners allein noch nicht sittenwidrig 331
 - Voraussetzungen einer sittenwidrigen Schädigung 331
- Anschlußrevision:** bei auf einen Teil des Streitgegenstands beschränkter Revisionszulassung Unzulässigkeit

- soweit er sie nach den Umständen des Falles als notwendig ansehen durfte 334
- »Schlüpferstürmer« 5
- Sequester:** Aufgaben und Befugnisse des nach § 106 Abs. 1 Satz 2 KO bestellten -s 41
- Sicherungsabtretung:** angemessene Verwertungsregelung keine Wirksamkeitsvoraussetzung für formularmäßige Kapitallebensversicherungs- oder für offene - aller Honoraranprüche eines Zahnarztes gegen eine kassenärztliche Vereinigung 59
Festlegung einer zahlenmäßig bestimmten Deckungsgrenze oder ermessensunabhängige Ausgestaltung der Freigabepflicht des Sicherungsnehmers keine Wirksamkeitsvoraussetzung einer formularmäßigen - 60
Wirksamkeit einer formularmäßigen - des pfändbaren Teils aller Honoraranprüche gegen kassenzahnärztliche Vereinigung an eine Bank jedenfalls dann, wenn Zedent bei Einhaltung der vereinbarten Kreditlinie über eingehende Zahlungen der Vereinigung frei verfügen kann ... 60
Unwirksamkeit der Freigaberegelung bei deren den Sicherungsgeber unangemessen benachteiligender ermessensabhängiger Ausgestaltung 66
- Sicherungsübereignung:** Wirksamkeit der - trotz Unwirksamkeit der Verwertungsregelung nach Nr. 20 Abs. 2 AGB-Banken 1986 ... 115
Wirksamkeit einer formularmäßigen - eines Warenlagers mit wechselndem Bestand trotz Klausel, nach der der realisierbare Warenwert ausgehend von Einkaufspreisen oder Gestehungskosten nach »banküblichen Bewertungsgrundsätzen« zu ermitteln ist 116

Sondereigentum: s. Wohnungseigentum

Spediteurbedingungen: bei Vereinbarung der ADSp zwischen Versender und Spediteur Verkürzung der gesetzlichen Verjährungsfrist gem. § 64 ADSp auch zugunsten des vom Spediteur als Erfüllungsgehilfen herangezogenen und in einer arbeitnehmerähnlichen Stellung tätig werden den Frachtführers 223

T

- Telle-quelle-Schutz:** Eintragung der Marke des Ursprungslandes bei Anmeldung der inländischen Marke keine Voraussetzung der wirksamen Inanspruchnahme des -es 187
kein Schutzversagungsgrund der Mengenangabe bei lediglich aus einer Zahl bestehendem Bildzeichen 187
bei augenfällig von der Verkehrsgewohnheit abweichender Gestaltung hinreichende Unterscheidungskraft der bildlichen Darstellung einer Zahl 188
keine Unterscheidungskraft einer Marke, deren bildliche Gestaltung der Form der im Warenverzeichnis aufgeführten Ware entspricht 188
mit wirksamer Inanspruchnahme des -es Schutzversagungsgründe allein nach Art. 6 ^{quinquies} Abschnitt B PVÜ 192
- Timesharing:** Wirksamkeit des -s von Ferienwohnungen im Treuhandmodell 150
Unwirksamkeit nur der Formulklausel, durch welche die Eintragung des Käufers eines anteiligen Dauerwohnrechts nach § 31 WEG in das Grundbuch ausgeschlossen wird und dort ein Dritter als Treuhänder eingetragen bleibt 150
mehrere Bewohner als Berechtigte eines Dauerwohnrechts nach Bruchteilen 150

- TORRES:** Verwechslungsfähigkeit des Firmenbestandteils - mit der Weinbezeichnung TORRES de QUART 276
- Verbot, spanischen Wein unter der Bezeichnung TORRES de QUART im Inland zu vertreiben, keine unzulässige Behinderung des innergemeinschaftlichen Handels i.S. der Art. 30, 36 EGV trotz Zulässigkeit der Zeichenbenutzung im Heimatstaat 277
- Transparenzgebot** bei Erwerb eines Dauerwohnrechts mit Timesharing s. dort
- Transportrecht:** Verjährung nach ADSp auch zugunsten des in einer arbeitnehmerähnlichen Stellung als Erfüllungsgehilfe des Spediteurs herangezogenen Frachtführers .. 223
- Treu und Glauben:** Einnahme eines Rechtsstandpunkts, der mit dem eigenen früheren Verhalten in unlösbarem Widerspruch steht, als treuwidriges Verhalten 375

U

- Überraschende Klausel:** Verbot überraschender Klauseln für Leistungsbeschreibung und Nebenabreden 153
- Voraussetzungen, unter denen eine - anzunehmen ist 154
- Unfallversicherung:** unverzügliche Geltendmachung der Invalidität bei entschuldigter Versäumung der 15-Monatsfrist 171
- rechtsmißbräuchliches Verhalten des Unfallversicherers, der sich auf das Fehlen einer fristgerechten Invaliditätsfeststellung beruft, wenn der Unfall binnen Jahresfrist unzweifelhaft zu unveränderlichen, ärztlich festgestellten Gesundheitsschäden geführt hat 171
- rechtsmißbräuchliches Verhalten des Unfallversicherers, der sich auf das Fehlen einer fristgerechten ärztlichen

- Teilinvaliditätsfeststellung beruft, wenn ein Arzt binnen 15 Monaten seit dem Unfall festgestellt hat, daß bei dem Versicherten infolge des Unfalls binnen Jahresfrist nicht weiter besserungsfähige Gesundheitsschäden eingetreten sind . 171
- höchstpersönliche Erledigung der mit der - zusammenhängenden Aufgaben keine Voraussetzung des -sschutzes 174
- Anspruchsvoraussetzungen des -sschutzes nach § 8 II (1) AUB 176
- Kriterien der ärztlichen Invaliditätsfeststellung 178
- Unterlassungsverpflichtung:** Rechtsnatur der -en im Wettbewerb 292

V

- Vereinigungsfreiheit:** Freiheit zum Austritt aus der Vereinigung als Bestandteil der - 254
- negative - in der Genossenschaft s. dort
- Verfallabrede:** keine analoge Anwendung des Verbots der - auf Vereinbarungen mit dinglich nicht gesicherten Gläubigern, insbesondere eines Bürgen mit einem Darlehensschuldner zur Übertragung eines Grundstücks unter bestimmten Voraussetzungen 101
- Voraussetzungen der Unzulässigkeit einer - 105
- Verjährung:** bei Vereinbarung der ADSp zwischen Versender und Spediteur Verkürzung der gesetzlichen -sfrist gemäß § 64 ADSp auch zugunsten des vom Spediteur als Erfüllungsgehilfe herangezogenen und in einer arbeitnehmerähnlichen Stellung tätig werdenden Frachtführers 223
- Ersetzung des als Folge eines Wettbewerbsverstosses entstandenen gesetzlichen Unterlassungsanspruchs durch vertragliche Unterlassungsver-

- pflichtung und - des darauf erneut begangenen Wettbewerbsverstößes 289
keine kurze - des Anspruchs auf Vertragsstrafe wegen Wettbewerbsverstößes 289
bei lediglich deklaratorischem Anerkenntnis eines gesetzlichen Anspruchs grundsätzlich kein Einfluß auf -sfrist 291
Voraussetzungen eines Eingreifens kurzer -sfristen anstelle der außerdem in Betracht kommenden längeren Fristen 293
- Vermögensgesetz:** auch bei einem an einem Mangel leidenden Erwerbsgeschäft Rückgabe nur nach -, wenn der Mangel bei wertender Betrachtung in engem inneren Zusammenhang mit vom - erfaßten staatlichen Unrecht steht 231
zivilrechtliche Wirksamkeit des Erwerbsgeschäfts nicht generell Voraussetzung der Anwendung des -es 231
für unter das - fallende Sachverhalte kein Rechtsweg zu den Zivilgerichten 235
spezialgesetzlicher Vorrang des -es als materiell von Amts wegen zu berücksichtigende Einwendung 235
keine Schutzwürdigkeit des Erwerbers, wenn sich lediglich ein allgemeines Risiko des Rechtsverkehrs in der DDR verwirklicht hat ... 236
Verletzung der die staatliche Zuständigkeit regelnden Vorschriften als Teil des staatlichen Unrechts der DDR 242
- Versuchsprivileg** im Patentrecht s. Patent
- Vertragsstrafe:** keine kurze Verjährung des Anspruchs auf - wegen Wettbewerbsverstößes 289
bei Unterlassungsverpflichtung ohne - kein Entfallen der Wiederholungsgefahr 292
- Funktionen der - im Wettbewerb 295
- Vertrauensschutz:** Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und - 366
grundsätzlich keine Selbstbindung der Verwaltung bei norminterpretierenden Vorschriften 366
Vertrauen auf Rechtmäßigkeit, nicht auf Gleichförmigkeit des Verwaltungshandelns als Schutzgut .. 367
- Verwertungsklausel** bei Sicherungsabtretung s. dort
- Vollstreckungsmaßnahme:** Begriff der Einleitung einer - 349
Voraussetzung der Beendigung einer - nach Eintragung einer Zwangshypothek 351
Unwirksamkeit einer unter § 7 Abs. 3 Satz 1 GesO fallenden - 355
- Vormerkung:** Löschungserleichterungsklausel für Auflassungsklausel s. dort
- Vorteilsausgleichung** und Amtshaftung s. dort
- W**
- Warenzeichen:** s. Telle-quelle-Schutz
- Werbung:** s. Wettbewerb
s. Aufmerksamkeitswerbung
- Wettbewerb:** Verstoß gegen § 1 UWG durch Vertrieb von Likörlfäschen mit Aufschriften wie »Busengrapscher« und »Schlüpferstürmer« auf den Etiketten 5
Beurteilungsmaßstab für Sittenwidrigkeit eines -sverhaltens 7
Achtung der menschlichen Würde auch im -sgeschehen 10
- und Meinungsäußerungsfreiheit 11
kein unlauterer - durch Legehennenhaltung, die der EG-Richtlinie zum Schutz von Legehennen genügt 182
Übertragbarkeit des wettbewerblichen Unterlassungsanspruchs nur mit der Übertragung des Unternehmens, zu dessen Schutz er bestimmt ist 185

Verbot getarnter Wirtschaftswerbung auch für Kinospielefilme 205 gegenüber Print- und elektronischen Medien unterschiedliche Beurteilung der Werbung wegen Beachtung und Bedeutung, die der Verkehr werbenden Angaben Dritter beilegt . 205 Werbung in Kinospielefilmen, für die Zahlungen und/oder geldwerte Leistungen von einigem Gewicht von Unternehmen dafür erbracht werden, daß diese selbst oder ihre Erzeugnisse im Film werbend in Erscheinung treten 205 Untersagung einer bestimmten, den Wesensgehalt des Kunstwerks und die freie Gestaltungsmöglichkeit des Künstlers nicht berührenden Vertriebsmodalität von Kinofilmen mit getarnter Werbung 206 Abwägung von getarnter Werbung und Recht auf freie, von Manipulationen unbeeinflusste Entfaltung der eigenen Persönlichkeit 206 kein Ausschluß der objektiven Eignung eines Films zur -förderung wegen seiner Eigenschaft als Kunstwerk 213 grundsätzliche Verpflichtung des -ers zur Kenntlichmachung der Werbung als solche 213 - und kommunikative Vermittlung eines Kunstwerks 218 keine Abhängigkeit des über Art. 8 PVÜ gewährten Inlandsschutzes einer Firmenbezeichnung von Schutzvoraussetzungen nach dem Recht des Heimatstaats 276 keine Rechtsausübungsschranke gegen Verbot der im Inland prioritätsjüngeren Produktbezeichnung durch Koexistenzlage von Firmenname und Produktbezeichnung im Heimatstaat (TORRES - TORRES de QUART) 276 Verbot, spanischen Wein unter der Bezeichnung TORRES de QUART

im Inland zu vertreiben, keine unzulässige Behinderung des innergemeinschaftlichen Handels i.S. der Art. 30, 36 EGV trotz Zulässigkeit der Zeichenbenutzung im Heimatstaat 277 Begriff des Handelsnamens i.S. des Art. 8 PVÜ 280 Schutzvoraussetzungen i.S. der §§ 5, 15 MarkenG 280 Grundsatz der Inländerbehandlung 282 rechtsverletzende Benutzungshandlung i.S. des § 15 MarkenG . 283 § 15 MarkenG keine Umsetzung der Ersten Richtlinie des Rates v. 15. 12. 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Marken 284 Zwang, eine andere als die im Herkunftsland zulässige Aufmachung zu wählen, in der Regel eine die Einfuhr behindernde Maßnahme 285 Kennzeichnungsrechte der §§ 5, 15 MarkenG als Immaterialgüterrechte 286 Ersetzung des als Folge eines -sverstoßes entstandenen gesetzlichen Unterlassungsanspruchs durch vertragliche Unterlassungsverpflichtung und Verjährung des darauf erneut begangenen -sverstoßes 288 keine kurze Verjährung des Anspruchs auf Vertragsstrafe wegen -sverstoßes 289 Rechtsnatur der Unterlassungsverpflichtung 292 Unterwerfungsvertrag als auf Unterlassung gerichtetes Dauerschuldverhältnis 293 - und Aufmerksamkeitswerbung s. dort

Wiedereinsetzung: auch dann keine Beschwerde gegen -, wenn der Anspruch der Gegenseite auf rechtliches Gehör verletzt worden ist 97

- auf Gegenvorstellung Befugnis des Gerichts, das den Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt hat, zur Überprüfung seiner Entscheidung, solange noch kein die Instanz abschließendes Urteil ergangen ist 97
- Willenserklärung:** Wirksamkeit der empfangsbedürftigen, einem Abwesenden gegenüber abzugebenden und zu beurkundenden - erst mit Zugang einer Ausfertigung der Notariatsurkunde 71
Zulässigkeit einer Vereinbarung über die Voraussetzungen des wirksamen Zugangs der in Abwesenheit des Empfängers abgegebenen - 71
Voraussetzungen eines wirksamen Verzichts auf Erfüllung von Zugangserfordernissen 75
- Wohnungseigentum:** Rechtsweg für -ssachen 159
keine Entstehung von Sondereigentum bei Widerspruch zwischen wörtlicher Beschreibung in der Teilungserklärung und Angaben im Aufteilungsplan 160
Verpflichtung sämtlicher Wohnungseigentümer zur Einräumung des mangels ordnungsgemäßer Abgrenzung nicht entstandenen Sondereigentums 160
Grundbucheintragung als grundsätzlich maßgebliche Bestimmung dessen, was Gegenstand des Sondereigentums ist 166
Auslegung der Eintragung mit Hilfe der Teilungserklärung und des Aufteilungsplans 166
keine Vorrangigkeit der Teilungserklärung oder des Aufteilungsplans bei Widerspruch von Erklärung und Plan 167
Maßgeblichkeit des Aufteilungsplans, der bei der Eintragung des Wohnungseigentums vorgelegen hat 168
- im Zweifel Gemeinschaftseigentum, falls Sondereigentum nicht wirksam begründet worden ist 169
mangels sachenrechtlicher Bestimmtheit nicht entstandenes Sondereigentum keine Grundlage für gutgläubigen Erwerb 170
Anderung des in der Gemeinschaftsordnung festgelegten Kostenverteilungsschlüssels auch bei einer auf Dauer nicht fertiggestellten Wohnanlage grundsätzlich nur durch Vereinbarung aller Wohnungseigentümer 304
gegenüber Anfechtung des gleichwohl gefaßten Mehrheitsbeschlusses kein Einwand, daß der Anfechtende nach Treu und Glauben zur Zustimmung in die Änderung des Verteilungsschlüssels verpflichtet sei 305
- Wohnungsrecht:** Abgrenzung des Dauerwohnrechts nach § 31 WEG vom - nach § 1093 BGB 158
Anfechtung des einem Einzelrechtsnachfolger eingeräumten dinglichen -rechts nach dem AnfG 314
keine Zwangsvollstreckung in ein nicht übertragbares - am Grundstück 318

Y

Yachtcharter als Reisevertrag .. 128

Z

Zeichenrecht: s. Telle-quelle-Schutz
Zugewinnausgleich: Berücksichtigung des Rückkaufwerts einer Kapitallebensversicherung nur, wenn am Stichtag die Fortführung des Versicherungsvertrages nicht zu erwarten ist und auch durch Stundung der Ausgleichsforderung nicht ermöglicht werden kann 298

- Voraussetzungen der Bestimmtheit einer auf das jeweilige Tarifwerk eines anderen Energieversorgungsunternehmens verweisenden Preismißbrauchsverfügung 395
keine Feststellung eines Preismißbrauchs durch Vergleich der Preise für Stadt- und Erdgas 396
mißbräuchlicher Preis als Voraussetzung der Ausübung der Preismißbrauchsaufsicht 398
- Kasko-Versicherung:** s. Diebstahlversicherung
- Kennzeichen** und Firmenschutz s. dort
- Kinofilm** und getarnte Werbung s. Wettbewerb
- Konkurs:** Anspruch auf Nutzungsent-schädigung aufgrund eines vor-eröffnung beendeten Mietvertrages nur dann Masseverbindlichkeit, wenn -verwalter den Besitz an der Mietsache ergreift und den Vermieter gegen dessen Willen gezielt ausschließt 38
keine Begründung einer Masseverbindlichkeit durch Inbesitznahme der Mietsache durch den Sequester 38
Anzeige der Masseunzulänglichkeit und Aufrechnung mit zuvor begründeten Masseverbindlichkeiten .. 38
Aufrechnung mit Forderungen gegen die -masse auch gegenüber Anfechtungsansprüchen 45
vorrangige Berücksichtigung des -verwalters bei Massearmut 47
- Konkursanfechtung:** Verfahrenseröffnung als Voraussetzung der - und daher keine Aufrechnung mit Konkursforderung gegen -anspruch 40
- Kontokorrentkredit-Bürgschaft:** s. Bürgschaft
- Kostenverteilungsschlüssel** für Wohnungseigentum s. dort
- Kunstfreiheit** und Aufmerksamkeitswerbung s. dort
- Kunstwerk** und getarnte Werbung s. Wettbewerb
- L
- Lebensversicherung:** keine Einbeziehung einer -ssumme, die ein Ehegatte als Bezugsberechtigter aus der Versicherung eines ihm nahestehenden verstorbenen Dritten erhält, in den Zugewinnausgleich 377
nur die Prämien, nicht die Auszahlung der -ssumme Gegenstand einer Schenkung 380
Auszahlung der -ssumme kein Anwendungsfall des Erwerbs von Todes wegen im üblichen Rechtssinne 380
- Legehennenhaltung:** kein unlauterer Wettbewerb durch -, die der EG-Richtlinie zum Schutz von Legehennen genügt 182
Ziel der Richtlinie 88/166/EWG vom 7. 3. 1988 zur Festsetzung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen in Käfigbatteriehaltung 186
Wirkung der Richtlinie 88/166/EWG 186
- Löschungserleichterungsklausel:**
Zweck des § 23 Abs. 2 GBO 389
- für Auflassungsvormerkung s. dort
- M
- Markenrecht:** Abgrenzung der Wirkungen des -s von Urheber-, Geschmacksmuster-, Patent- und Gebrauchsmusterrecht 196
s. a. Telle-quelle-Schutz
s. a. Wettbewerb
- Meinungsäußerungsfreiheit** und Aufmerksamkeitswerbung s. dort
- Miete:** unwirksamer formularmäßiger Ausschluß des Sonderkündigungsrechts des -rs von Geschäftsräumen,

- der einen anderen Teil des Streitgegenstandes angreifenden unselbständigen - 50
- unselbständige - kein Rechtsmittel, sondern Antrag innerhalb der vom Revisionsführer eingelegten Hauptrevision 59
- Anwaltsnotar:** s. Notar
- Auflassungsvormerkung:** auch dann keine Eintragung einer - mit Inhalt, daß zu ihrer Löschung der Nachweis des Todes des Berechtigten genügt, wenn - ohne zeitliche Begrenzung bestellt worden ist 385
- Aufmerksamkeitswerbung:**
- sittenwidrige - eines Unternehmens, das mit der Darstellung schweren Leids der Kreatur auf sich hinweist, um eine Solidarisierung der Verbraucher mit dem Namen und der Geschäftstätigkeit des Unternehmens herbeizuführen 196
- , die geeignet ist, den Namen des werbenden Unternehmens im Verkehr bekanntzumachen oder dessen Verkehrsbekanntheit zu steigern, als Wettbewerbshandlung im geschäftlichen Verkehr 199
- sachlich nicht veranlaßte Ausnutzung der Gefühle des Mitleids oder der Solidarität mit sozialem Engagement zu Werbezwecken als sittenwidriges Handeln im Wettbewerb 201
- Leistungsbezogenheit kein Erfordernis der Image-Werbung 202
- keine Geschmackszensur der Werbung durch den Wettbewerbsrichter 202
- Kunstfreiheit und - 202
- Meinungsäußerungsfreiheit und - 203
- Auslegung des § 1 UWG im Blick auf Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG 203
- Aufrechnung:**
- als ein der Zwangsvollstreckung ähnlicher außergerichtlicher Zugriff auf die Gegenforderung, als Forderungsdurchsetzung im Wege der Selbsthilfe 80
- in der Gesamtvollstreckung s. dort
- im Konkurs s. dort
- Auszahlungsauftrag:** Erstattungsanspruch des Auftraggebers bei fehlgegangenem -, wenn sowohl der Auftraggeber als auch die auszahlende Bank auf einen Betrüger hereingefallen sind 87
- auftragsgemäßes Handeln der Bank nur dann, wenn sie das auszahlende Geld dem durch den Auftrag individualisierten Empfänger aushändigt 91
- bei Nichterledigung des -s keine Auftragsausführung deshalb, weil Auftraggeber in vorwerfbarer Weise zum Mißlingen beigetragen hat 92
- entsprechende Anwendung des § 254 BGB auf Erstattungsansprüche aus fehlgeschlagener Erfüllung des -s 95

B

- Bank:** nicht ordnungsgemäß erledigter Auszahlungsauftrag s. dort
- Bedeutung des § 5 der AGB der -en 93
- Beweislast der - für Behauptung, daß ihre Mitarbeiter bei der Prüfung der Identität des Zahlungsempfängers die erforderliche Sorgfalt angewandt haben 94
- Benetton-Werbung:** sittenwidrige - mit ölverschmutzter Ente s. Aufmerksamkeitswerbung
- Bestimmtheitsgrundsatz** und Grundbuchrecht 345
- Beurkundung** und Zugang einer empfangsbedürftigen Willenserklärung s. Willenserklärung
- Beweislast:** Darlegungs- und - des Versicherungsnehmers, der Ansprüche aus Kfz-Diebstahl herleitet 2

- Firmenschutz:** Priorität eines Kennzeichens, das nur für einen Teil Deutschlands rechtliche Bedeutung hatte, ohne Belang für die Lösung von Konfliktfällen, die sich aus der Wiedervereinigung ergeben .. 134
Schutzwirkungsbereich eines bis zum 3. Oktober 1990 bestehenden Unternehmenskennzeichens . 134
Erweiterung des räumlichen Schutzbereichs eines Kennzeichens von originärer Unterscheidungskraft mit der Wiedervereinigung auf das gesamte (neue) Bundesgebiet 134
Lösung der Kollisionfälle der auf das gesamte Bundesgebiet erstreckten Kennzeichen nach den zum Recht der Gleichnamigen entwickelten Grundsätzen 134
Pflicht zur Aufnahme unterscheidungskräftiger Zusätze 134
Voraussetzungen des Verlusts der Priorität der früheren Firma . 138
Priorität als maßgeblicher Zeitpunkt nur für namensrechtliche Auseinandersetzungen im jeweiligen Hoheitsgebiet 139
keine Geltung der im Einigungsvertrag ausgesprochenen vorläufigen Beschränkung der Altrechte auch für Handelsnamen 140
Beschränkung des räumlichen-bereichs auf ihrer Natur nach orts- oder regionsgebundene Geschäftsbetriebe 141
Grundsätze zur Frage, ob und wem bei Gleichnamigen unterscheidungskräftige Zusätze bei der Firmengestaltung zumutbar sind 147
s. a. Wettbewerb
- Folgenbeseitigungsanspruch:** Inhalt des verwaltungsrechtlichen -s 335
Voraussetzungen des verwaltungsrechtlichen -s 335
- Frachtführer** als in einer arbeitnehmerähnlichen Stellung tätig werdender Erfüllungsgehilfe des Spediteurs und Anwendung der zwischen dem Spediteur und dem Versender vereinbarten ADSp 233
- Freigabeklausel:** Voraussetzungen einer ausreichenden - nach Globalzession oder Sicherungsübereignung 122
Sicherungswert in - 124
Bewertungsverfahren 127
bei Sicherungsabtretung s. dort
- G**
- geltungserhaltende Reduktion:** s. Geschäftsbedingungen
- Gemeinschaftseigentum:** s. Wohnungseigentum
- Genossenschaft:** in Aktiv- und Passivprozessen gegen gegenwärtige oder ehemalige Vorstandsmitglieder Vertretung der - durch den Aufsichtsrat 108
Normziel des § 39 GenG ... 111
Recht der - zur Beschränkung ihrer Mitgliedschaft in einem Prüfungsverband auf die gesetzliche Pflichtprüfung 243
keine Verpflichtung der - zur Übernahme solcher Beiträge, die zur Finanzierung von Kann-Aufgaben des Prüfungsverbands gehören 243
auch bei Zustimmung der - zur Erweiterung des Aufgabenbereichs des Prüfungsverbands Recht der - zur nachträglichen Beschränkung ihrer Mitgliedschaft auf die gesetzliche Pflichtprüfung 243
Beschränkung des Rechts der - zur auf die Pflichtprüfung begrenzten Mitgliedschaft im Prüfungsverband durch Kündigungsfristen 243
Festsetzung der Beiträge der - zum Prüfungsverband durch in der Satzung des Verbands bezeichnetes Organ 246
Pflicht- und Kann-Zwecke des genossenschaftlichen Prüfverbands 248

- einschränkende Aufrechterhaltung einer zu weiten Zweckerklärung 35
 Voraussetzungen einer zulässigen Aufteilung fehlerhafter AGB in unwirksame und wirksame Teile 35
 Abgrenzung einer zulässigen Einschränkung einer AGB von der unzulässigen geltungserhaltenden Reduktion 35
 unwirksamer formularmäßiger Ausschluß des Sonderkündigungsrechts des Mieters von Geschäftsräumen, wenn Vermieter die zur Untervermietung erforderliche Erlaubnis nach Belieben verweigern kann 50
 Verwertungsregelungen nach Nr. 20 Abs. 2 AGB-Banken 1986 ... 115
 Geltendmachung des Anspruchs aus dem Vertrag als maßgeblicher Zeitpunkt für Frage, ob Festhalten am Vertrag eine unzumutbare Härte i.S. des § 6 Abs. 3 AGBG darstellt 115
 formularmäßige Globalzession s. dort
 formularmäßige Sicherungsübereignung s. dort
 Verbot überraschender Klauseln für Leistungsbeschreibung und Nebenabreden 153
 Voraussetzungen einer überraschenden Klausel 154
 Erstreckung vertraglicher Haftungsbeschränkungen auf Arbeitnehmer des Begünstigten 228
Geschäftsraummiete: s. Miete
Gleichnamigkeit: keine Anwendung des Gleichnamigenrechts auf Koexistenz von Firmennamen und Warenkennzeichnung 288
 - und Firmenschutz s. dort
Globalzession: Wirksamkeit der - trotz Unwirksamkeit der Verwertungsregelung nach Nr. 20 Abs. 2 AGB-Banken 1986 115
 Regelung zur Bestimmung des realisierbaren Werts der abgetretenen Ansprüche keine Wirksamkeitsvoraussetzung einer formularmäßigen - 115
 Unwirksamkeit der - insgesamt nicht schon wegen unangemessener Bewertungsregelung 115
 s. a. Sicherungsabtretung
Grundbuchrecht und Bestimmtheitsgrundsatz 345
- H**
- Haftungsbeschränkungen:** Erstreckung vertraglicher - auf Arbeitnehmer des Begünstigten 228
- I**
- Inlandschutz** für ausländische Firmenbezeichnung s. Wettbewerb
Invalidität: Feststellung der - in der Unfallversicherung s. dort
- K**
- Kartellrecht:** Rechtsschutzbedürfnis als Voraussetzung eines Feststellungsantrags nach § 70 Abs. 3 GWB 390
 kein Ausschluß der Abweisung der Rechtsbeschwerde als unbegründet statt als unzulässig durch Verbot der Schlechterstellung des Rechtsmittelführers 390
 Anforderungen an die Bestimmtheit einer kartellbehördlichen Preismißbrauchsverfügung 390
 Abweisung eines Antrags nach § 70 Abs. 3 GWB als unbegründet auch ohne Entscheidung über Vorliegen eines Rechtsschutzbedürfnisses 390
 im Rechtsbeschwerdeverfahren keine weitere Prüfung der von den Beteiligten übereinstimmend erklärten Erledigung der Hauptsache 393
 Bestimmung des Inhalts der kartellrechtlichen Verfügung durch Tenor und tragende Gründe 394
 Inhalt des Bestimmtheitsgebots 395

- wenn Vermieter die zur Untervermietung erforderliche Erlaubnis nach Belieben verweigern kann 50
 § 549 Abs. 1 Satz 2 BGB als auch für Geschäftsraum- ausgewogener Interessen ausgleich 56
 Verwender des Formularmietvertrages, wenn das Formular vom Makler zur Verfügung gestellt wird 57
 Beweislast zur Verwendereigenschaft 58
 Abgrenzung der Charter einer Hochseeyacht als Gegenstand eines Reisevertrages von der - der Yacht 132
Mitverschulden: entsprechende Anwendung des § 254 BGB auf Erstattungsansprüche aus fehlgeschlagener Erfüllung eines Zahlungsauftrags an eine Bank 95

N

- Notar:** Nachweis der fachlichen Eignung zum - durch Teilnahme an einem von einer beruflichen Organisation veranstalteten freiwilligen Vorbereitungskurs nur bei Erfolgskontrolle 356
 inhaltliche und förmliche Anforderungen an die Kontrolle des Erfolgs der Teilnahme an freiwilligen Vorbereitungskursen beruflicher Organisationen 357
 Vertrauensschutz der Bewerber durch Berücksichtigung freiwilliger Vorbereitungskurse ohne Erfolgskontrolle, die vor Bekanntgabe der Entscheidung BGHZ 124, 327 ausgeschrieben waren 357
 Möglichkeit des Mißerfolgs als Voraussetzung der »erfolgreichen Teilnahme« an Vorbereitungskurs 359
 Anwaltsnotar keine gegenüber dem Nurnotar minder qualifizierte Urkundsperson 359
 Anforderungen des neuen Zulassungsrechts 361

- Ziel des § 6 Abs. 3 Satz 2 BNotO 364

P

- Patent:** Auslegung des Versuchsprivilegs nach § 11 Nr. 2 PatG 1981 unter Berücksichtigung des europäischen Gemeinschaftsrechts 259
 Voraussetzungen einer auf den Gegenstand der Erfindung bezogenen und deshalb rechtmäßigen Handlung zu Versuchszwecken 259
 Versuch i.S. des -rechts 265
 Umfang der Freistellung des -s zu Versuchszwecken 265
 Gemeinsamkeiten der Ausnahmetatbestände des § 11 PatG 265
 nutzbringende Verwendbarkeit als wesensimmanentes Merkmal der erfinderischen technischen Lehre 266
 keine qualitative oder quantitative Beschränkung der Versuchshandlungen durch § 11 Nr. 2 PatG .. 266
 § 11 Nr. 2 PatG als fast wörtliche Übernahme aus Art. 31 b GPÜ 1975 267
 Ziel des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen 269
 Abgrenzung des Bereichs der freigestellten Versuche 270
 Grund für Verleihung des -schutzes 271
 Freiheit der Forschung und Sozialbindung des Eigentums im Verhältnis zum -schutz 271
 Abhängigkeit des Verwendungs vom Erzeugnis- 274
 Versuchsprivileg und klinische Versuche am Menschen 275
Pflegepflicht: Reallast und Bestimmbarkeit der Leistung bei Übernahme der persönlichen - 342
Post: Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten für Klage, mit der die - sich unter Berufung auf Beförde-

rungsvorbehalt gegen »Remailing« eines Wettbewerbers wendet ... 13
Priorität und Firmenschutz s. dort
Prüfungsverband: genossenschaftlicher - s. Genossenschaft

R

Reallast: Bestimmbarkeit der Leistung bei Übernahme der persönlichen Pflegepflicht 342
Rechtliches Gehör: auch dann keine Beschwerde gegen Wiedereinsetzung, wenn der Anspruch der Gegenseite auf - verletzt worden ist 97
 s. a. Wiedereinsetzung
Rechtsfolgenverweisung: Wirkung der - 297
Rechtsausübung: Geltendmachung des übergegangenen Provisionsanspruchs eines früheren DDR-»Zwangsvertreter« durch Bundesrepublik als unzulässige - 371
Rechtsmittel wegen »greifbarer Gesetzeswidrigkeit« 99
Rechtswahl: stillschweigende - durch Zugrundelegung deutschen Rechts im Vortrag beider Parteien ... 373
Rechtsweg: - zu den ordentlichen Gerichten für Klage, mit der die Post sich unter Berufung auf Beförderungsvorbehalt gegen »Remailing« eines Wettbewerbers wendet ... 13
 Grundsätze zur Zuweisung des -s 14
 - und Rechtsänderung im Beschwerdeverfahren 15
 ordentlicher - auch bei Bestehen einer den Bereich des öffentlichen Rechts betreffenden Vorfrage .. 18
 Zuständigkeit des Rechtsmittelgerichts, evtl. des Revisionsgerichts zur Prüfung der Zuständigkeit, wenn über die Frage, ob das Prozeßgericht oder das Wohnungseigentumsgericht zuständig ist, nicht vorab entschieden worden ist 159

Zuständigkeit des Prozeßgerichts für Streitigkeiten über Gegenstand, Inhalt und Umfang des Sondereigentums 159
 Grundsätze zur -entscheidung bei Wohnungseigentumssachen .. 165
 keine Prüfung des vom Berufungsgericht durch Urteil bejahten -s zu den Zivilgerichten 233
 für unter das Vermögensgesetz fallende Sachverhalte kein - zu den Zivilgerichten 237
reformation in peius: kein Ausschluß der Abweisung der Rechtsbeschwerde im Kartellverfahren als unbegründet statt als unzulässig durch Verbot der Schlechterstellung des Rechtsmittelführers 390
Reisevertrag: Inhalt einer Reiseveranstaltung als Gegenstand des -es 128
 Voraussetzungen des -es bei Vertrag über nur eine Reiseleistung .. 128
 rechtfertigender Grund der Entschädigung für nutzlos aufgewendete Urlaubszeit 128
 Charter einer Hochseeyacht und - 128
 Voraussetzungen einer analogen Anwendung des -rechts 131
 Abgrenzung der Charter einer Hochseeyacht als Gegenstand des -es von der Miete der Yacht 132
»Remailing« 13
Revisionszulassung: bei auf einen Teil des Streitgegenstands beschränkter - Unzulässigkeit der einen anderen Teil des Streitgegenstands angreifenden unselbständigen Anschlußrevision 50
Rückkaufswert: Begriff des -s in der Kapitallebensversicherung ... 301
 - und Zugewinnausgleich s. dort

S

Schadensersatz: Erstreckung der -pflicht nach § 249 Satz 1 BGB auf die Aufwendungen des Geschädigten,

- Bewertung der Kapitallebensversicherung bei voraussichtlicher Fortführung des Versicherungsverhältnisses 298
keine Einbeziehung einer Lebensversicherungssumme, die ein Ehegatte als Bezugsberechtigter aus der Versicherung eines ihm nahestehenden verstorbenen Dritten erhält, in den - 377
Entstehung einer vererblichen -forderung bei Tod des Erblassers erst nach dessen rechtskräftiger Scheidung 379
Zweck des § 1374 Abs. 2 BGB 379
keine ausdehnende Anwendung des § 1374 Abs. 2 BGB 381
- Zwangshypothek** und Gesamtvollstreckung s. dort
- Zweckerklärung:** im Zusammenhang mit der Bürgschaftsleistung abgegebene - s. Bürgschaft